

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 18. August 2021

MEHR FREIRÄUME FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Bündnis für Gemeinnützigkeit legt Forderungspapier zum bürgerschaftlichen Engagement vor

In einem gemeinsamen Forderungspapier haben die Dachverbände und unabhängigen Organisationen im Bündnis für Gemeinnützigkeit neun Handlungsfelder zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestags definiert. „Unser Land steht vor großen Transformationsprozessen - all das kann nur bewältigt werden, wenn Politik und eine starke Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten“, so Erich Steinsdörfer, Sprecher des Bündnis für Gemeinnützigkeit.

Die Flutkatastrophe und die Pandemie haben einmal mehr gezeigt, wie unverzichtbar das Engagement vieler Tausender Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert dringend deutlichere Signale von Politik und Verwaltung, dass diese Leistung tatsächlich anerkannt und unterstützt wird.

Mehr als ein Drittel aller Menschen in Deutschland (28,8 Millionen) sind bürgerschaftlich aktiv. Ein Großteil davon engagiert sich in einer der rund 630.000 gemeinnützigen Organisationen. Ihr Engagement deckt wesentliche und unverzichtbare Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ab, vom Sportverein, über Förderkreise für Kultur, Organisationen, die sich für Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, bis zu den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen. Mindestens 70 Prozent der gemeinnützigen Organisationen arbeiten rein ehrenamtlich.

Mit seinem Forderungspapier will das Bündnis für Gemeinnützigkeit die Parteien aufrufen, dieses hohe Potenzial bürgerschaftlichen Engagements weiter zu fördern und die Engagierten und gemeinnützigen Organisationen als Partner von Politik und Verwaltung auf Augenhöhe einzubinden. Dazu solle ihr Beitrag zur Bewältigung zurückliegender Krisen durch eine Enquete-Kommission aufgearbeitet werden, um Leitlinien für eine bessere Zusammenarbeit zu entwickeln. Es sei höchste Zeit, Engagementpolitik als feste Aufgabe in sämtlichen Bundesministerien zu etablieren und durch eine starke Koordinationsstelle zu stützen. Darüber hinaus müsse das Gemeinnützigkeitsrecht dringend reformiert werden, um einen rechtssicheren Rahmen für bürgerschaftliches Engagement zu gewährleisten.

Neben der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur dauerhaften Finanzierung engagementfördernder Einrichtungen solle die Arbeit der Engagierten erleichtert werden: „Bürgerschaftliches Engagement darf nicht durch zunehmende Bürokratie erstickt werden“, so die Sprecherin des Bündnis für Gemeinnützigkeit, Marie-Alix Ebner zu Eschenbach. Zu diesem Zweck müssen künftig alle Gesetzentwürfe auf unnötige Folgekosten und übermäßigen bürokratischen Aufwand überprüft werden und Verwaltungsprozesse verschlankt werden.

Das Forderungspapier wurde heute an Generalsekretär:innen und Fraktionsvorsitzende der Parteien gesandt und soll während der Koalitionsverhandlungen Berücksichtigung finden.

Download Forderungspapier und Anlage:

- [Bürgerschaftliches Engagement: Gemeinsam und nachhaltig gestalten und Rechtspolitische Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements](#)

Kontakt für die Presse:

Marie-Alix Frfr. Ebner von Eschenbach, Mitglied des Sprecher:innenrats

030 897 947 63, marie-alix.ebnervoneschenbach@stiftungen.org

Jan Wenzel, Mitglied des Trägerkreises

030 2639299-15, j.wenzel@venro.org

www.buendnis-gemeinuetzigkeit.org

BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT:

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Expert:innen und Wissenschaftler:innen. Diese repräsentieren Organisationen mit insgesamt über 15 Millionen Mitgliedern. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat sich zum Ziel gesetzt, Identität, Gewicht, Außenwirkung und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken.

TRÄGERKREIS:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

BEIRAT:

Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Dachverband der Kulturfördervereine in Deutschland, Deutscher Fundraising Verband, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) im Stifterverband sowie weitere Experten aus Wissenschaft und Praxis.